

## **2. Sitzung**

am Freitag, dem 29. Juni 2007

---

### **Inhalt**

#### **Wahl des Senats**

##### **a) Wahl des Präsidenten des Senats**

##### **b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats**

Abg. Dr. Sieling (SPD) .....	19
Abg. Perschau (CDU) .....	21
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	24
Abg. Erlanson (Die Linke) .....	26
Abg. Woltemath (FDP) .....	27
Abg. Tittmann (DVU) .....	29
Wahl .....	30

<b>Vereidigung des Senats</b> .....	32
-------------------------------------	----

#### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/  
Die Grünen

vom 27. Juni 2007

(Drucksache 17/7)

2. Lesung .....	33
-----------------	----

**Präsident Weber****Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Ahrens****Vizepräsident Ravens**

---

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Kultur

Senator für Inneres und Sport **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senatorin für Finanzen **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Die 2. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine zehnte Klasse der Tobiasschule Bremen, eine zehnte Klasse der Ganztagschule an der Koblenzer Straße, eine Klasse zahnmedizinische Fachangestellte des Schulzentrums Walle/Stephanitor und Schülerinnen und Schüler des Technischen Bildungszentrums Mitte.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen, ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass heute zum Schluss der Sitzung die 2. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen erneut aufgerufen wird. Wir hatten gestern vergessen, den Punkt 4 abzustimmen, Herr Pflugradt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Insa Peters-Rehwinkel zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(B)

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Tagesordnung ein.

### Wahl des Senats

#### a) Wahl des Präsidenten des Senats

#### b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Senatswahl beginnt im Lande Bremen eine neue politische Etappe. Nach 12 Jahren Großer Koalition wird heute ein rot-grüner Senat gewählt werden.

Nach der Zäsur, die wir im Hinblick auf die Sanierungspolitik des Landes gemeinsam in der Großen Koalition, aber auch gemeinsam mit allen Fraktionen des Hauses der 16. Legislaturperiode begonnen haben, ist dies die politische Zäsur, die dem folgt und damit sicherlich an Kernpunkten Veränderungen vornimmt, aber durchaus auch ein wichtiges Element der

Kontinuität haben wird. Ich werde darauf zu sprechen kommen.

(C)

Die rot-grüne Koalition, die sich gebildet hat – der Koalitionsvertrag ist unterschrieben worden –, wird die Weichen für die nächste Legislaturperiode, für die nächsten 4 Jahre neu stellen. Wir werden dabei Prioritäten setzen, und jeder – die Kolleginnen und Kollegen hier im Hause werden dies getan haben –, der den Blick in den Koalitionsvertrag schon getan hat, wird sehen, wir halten daran fest, dass die Entwicklung der bremischen Wirtschaft, das Setzen auf Strukturwandel, auf Wachstum und Arbeitsplätze, weiterhin im Vordergrund der Anstrengungen dieses heute zu wählenden Senats steht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Darüber hinaus wird aber diese Koalition einen zentralen neuen Schwerpunkt setzen, nämlich dahin gehend, dass die vertiefte soziale Spaltung in unseren beiden Städten, die großen Bedarfe an einer Fortsetzung der Anstrengung der Bildungspolitik mit vielen neuen Akzenten, offensiv angegangen werden. Ein wirtschaftlich starkes Gemeinwesen muss auch sozial zusammenhalten können, nur so wird es politisch funktionieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(D)

Diese Koalition wird in stärkerem Maße darauf setzen, die Menschen mitzunehmen. Demokratie, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stadtteile sind wichtige politische Vorhaben, die dieser neue Senat in Angriff nehmen wird, meine Damen und Herren.

Dies alles wird stattfinden auf der Grundlage der Klageschrift, die wir in Karlsruhe eingereicht haben, auf der Grundlage einer mittelfristigen Finanzplanung, die in der letzten Legislaturperiode beraten wurde, auf der Grundlage der Arbeit und der Positionen, die von Bürgermeister Böhrnsen, dem Präsidenten des Senats, in der Föderalismusreformkommission vertreten werden. Damit ist das ein Element, wo wir fortsetzen, was wir fortsetzen müssen, denn das Land hat hier keine anderen Handlungsspielräume. Die Rahmenbedingungen sind gesetzt, aber im Rahmen dieser Bedingungen werden wir neue Akzente setzen. Das ist die Aufgabe dieser Koalition,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

die das in hoher Geschlossenheit machen wird und, da bin ich sicher, mit einem hervorragenden Personal von 5 sozialdemokratischen Senatsmitgliedern und 2 Senatsmitgliedern, einer Senatorin und einem Se-

(A) nator, vom Bündnis 90/Die Grünen. Das ist, glaube ich, ein personelles Angebot und ein personeller Vorschlag, der sehr überzeugen wird.

Ich darf hier die sozialdemokratische Seite ansprechen und will als Erstes sagen, dass wir mit Jens Böhrnsen als Präsidenten des Senats jemanden vorschlagen, der in den eineinhalb Jahren, in denen er jetzt Bürgermeister ist und in denen er als Präsident des Senats gearbeitet hat, glaube ich, sich ein hohes Ansehen in unseren beiden Städten erarbeitet hat, der jemand ist, der hier für Verlässlichkeit, für Zuverlässigkeit steht, aber auch als soziales Gewissen wirkt. Dieser Jens Böhrnsen wird weiter Präsident des Senats sein, und ich bitte darum, dass er heute die breite Unterstützung des Hauses bekommt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Der am meisten Erfahrene im Senat wird Willi Lemke werden. Ich habe kürzlich scherzhaft zu ihm gesagt, er allein wird mehr Jahre Senatserfahrung auf dem Rücken haben als alle anderen zusammen. Willi Lemke ist so gesehen das alte Schlachtross, wenn ich das so salopp sagen darf, in diesem Senat, aber mit großer Energie. So, wie er Bildungs- und Wissenschaftspolitik gemacht hat, da bin ich sicher, wird er den Bereich Innenpolitik und Sport vertreten und wird ein exzellenter Innensenator werden, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ingelore Rosenkötter schlagen wir vor, sie wird das weiterhin große Ressort übernehmen mit den wichtigen Aufgaben der Sozialpolitik, der Neuorientierung in der Kinderversorgung, Stadtteilgerechtigkeit, Zukunft unserer Krankenhäuser, unserer Gesundheitsversorgung werden dort im Mittelpunkt stehen – eine große Aufgabe. Ich will an dieser Stelle sagen: Die Koalition hat sich entschieden, dieses Großressort ein Großressort bleiben zu lassen, weil die Alternative nur möglich gewesen wäre, wenn der Senat erweitert worden wäre von sieben Senatsmitgliedern auf acht. Angesichts der finanziellen Engpässe, die dieses Land hat, fanden wir, dass das das falsche Symbol ist, und darum wird Ingelore Rosenkötter diese große Arbeit übernehmen. Es wäre aber nicht richtig gewesen, hier eine Ausweitung des Senats vorzunehmen, und ich denke, das wird auch an dieser Stelle eine erfolgreiche Angelegenheit werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Neben Herrn Dr. Loske wird es auch von der sozialdemokratischen Seite 2 neue Vorschläge, 2 neue

Personen geben. Renate Jürgens-Pieper wird die neue Bildungs- und Wissenschaftssenatorin, eine Frau, die in diesem Amt lange Erfahrung hat, in Niedersachsen stellvertretende Ministerpräsidentin gewesen ist und, ich denke, mit ihrer Erfahrung, mit ihrer Energie dieses Ressort weiterführen und dafür sorgen wird, dass ein wichtiger Schwerpunkt dieser Koalition umgesetzt wird.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Da ich hier und da etwas höre und auch Leserbriefe lese, will ich sagen: Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass wir Qualität an die Weser ziehen. Ich halte diese Debatte für eine weltoffene Stadt, für ein weltoffenes Land nicht für richtig zu sagen, Senatsressorts dürfen und müssen nur von Leuten aus Bremen und Bremerhaven besetzt werden. Es ist gut, dass wir neben Renate Jürgens-Pieper auch jemanden gewonnen haben wie Ralf Nagel, der mit großer Erfahrung herkommt. Die Handelskammer hat doch in ihrer Bewertung völlig recht, das wird ein Mann für Bremerhaven, das wird aber vor allem ein Mann für die Wirtschaft und für die Hafentwicklung in Bremen und Bremerhaven. – Herzlich willkommen, und viel Erfolg bei der Arbeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch – ich hoffe, ich habe noch die Zeit – die Zusammenarbeit ansprechen, die wir hier im Hause auch in diesen 4 Jahren werden haben müssen, wo es überhaupt darauf ankommt, wie wir zusammen an Dinge herangehen. Ich habe angesprochen, dass die Frage der finanziellen Grundlagen, die Frage der Arbeit in der Föderalismusreform, die Arbeit für einen Erfolg der Klage in Karlsruhe etwas ist, was uns alle in Bremen und Bremerhaven angeht. Ich habe mich sehr gefreut, Herr Perschau, als Sie gestern in Ihrer Rede als Alterspräsident hier die Landesverfassung zitiert haben und darauf hingewiesen haben, dass wir alle verpflichtet sind, darauf zum Wohle für Bremen und Bremerhaven zu arbeiten und dies auch gemeinsam anzugehen.

Ich spreche dies hier an, weil ich es einen schwierigen Stil fand, dass schon vor Amtsantritt dieser Regierung von der CDU-Fraktion sehr lauthals von der schlechtesten Regierung für Bremen gesprochen und vor allem gesagt wurde, dass diese Klage in Karlsruhe vergeigt wird. Ich finde, so geht es nicht! Diese Klage haben wir gemeinsam entwickelt in der Großen Koalition, sie ist gemeinsam getragen von den Fraktionen, inklusive Bündnis 90/Die Grünen. Ich erwarte, dass diese Koalition, aber auch alle Fraktionen im Hause, insbesondere die neue Opposition,

(A) im Sinne und Interesse Bremens dazu stehen und dies nicht schlechtreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/  
Die Grünen und bei der Linken)

Ich wünsche mir sehr – das ist vielleicht vor der Senatswahl etwas ungewöhnlich –, dass wir hier nicht die Entwicklung hin zu einer Fundamentalopposition bekommen, sondern dass wir dabei bleiben, dass wir gemeinsam für Bremen und Bremerhaven ringen und diese Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Das schließt ganz und gar nicht aus, dass wir uns in der konkreten Umsetzung natürlich auseinandersetzen. Ich erwarte hier ein lebendiges Parlament, gerade mit den 3 Oppositionsfraktionen, und freue mich darauf. Für die Regierungskoalition kann ich sagen: Das Programm liegt vor, und heute wählen wir die Männer und Frauen, die daraus gute Politik machen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Penschau.

(B) Abg. **Penschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht übermäßig verwundern, dass ich die Lage etwas anders beurteile, als Herr Dr. Sieling es getan hat. Sie gestatten mir vielleicht auch, ein paar Vorbemerkungen zu machen, die aus meiner Sicht zu diesen Personalentscheidungen geführt haben!

Herr Böhrnsen hat bei seiner innerparteilichen Wahl zum Bürgermeister damals gegen Willi Lemke kandidiert, und er ist damals mit Mehrheit gewählt worden. Unstrittig ist, glaube ich, dass er gewählt worden ist von der größeren linken Mehrheit in der SPD, während Willi Lemke mit den Stimmen der gemäßigten Kräfte in der SPD keine Mehrheit bekommen hat.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei  
der SPD)

Ja, Sie können das jetzt bestreiten, aber ich glaube, es gibt –.

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Schade, dass es die gemäßigten  
Kräfte in der CDU nicht mehr gibt!)

Meine Damen und Herren, meine Kontakte in die SPD sind exzellent, das wissen Sie!

(Heiterkeit und Unruhe – Glocke)

Wenn man mit Sozialdemokraten redet, bekommt man von diesen eigentlich relativ präzise Auskunft, wie es aussieht. Es ist sicherlich so, dass für uns damals in der Großen Koalition klar war, dass mit der Wahl von Jens Böhrnsen zum Bürgermeister in der Koalition ein erheblicher Linksruck stattfinden würde.

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Ihnen sind die gemäßigten Kräfte  
ja offensichtlich abhanden gekommen!)

Dies ist dadurch verstärkt worden, dass Herr Böhrnsen, der ja Fraktionsvorsitzender war, in Herrn Dr. Sieling einen Nachfolger fand. Da Herr Sieling auch bekanntermaßen sozusagen eine klare, stramme Gewerkschaftslinie vertritt,

(Abg. **P o h l m a n n** [SPD]: Bravo! –  
Beifall bei der SPD)

führt die Kombination von Böhrnsen und Sieling natürlich zu einer Veränderung auch in der SPD-Fraktion, die hat Herr Sieling in den letzten eineinhalb Jahren, glaube ich, durchgesetzt. Herr Pohlmann war eben so begeistert, ich habe gehört, Sie waren für das Grobe zuständig!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Insofern hat auch in der SPD-Fraktion ein personeller Wechsel stattgefunden.

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Machen wir Kindergarten oder  
Senatswahl?)

Ein Teil der Gemäßigten ist heraus, und Linke sind hereingekommen. Deshalb haben wir jetzt auch eine andere SPD-Fraktion und hat uns natürlich die Entscheidung für Rot-Grün

(Abg. **Frau S t a h m a n n** [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Nicht so hart getroffen!)

nicht so übermäßig kalt erwischt, sondern wir sind von Ihnen sehr präzise darauf vorbereitet worden durch Ihre gesamte Politikausrichtung. Sie haben deutlich gemacht, dass das hier keine Zwangsehe, sondern eine Liebesheirat werden soll. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, dass zu viel Liebe auch blind machen kann. Dieses Risiko wird uns auch vermutlich permanent begleiten.

(Abg. **Frau S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Die CDU hat sich aber nackt auf  
das Bärenfell gelegt!)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, wir haben natürlich eine Verstärkung dieses Gewerkschaftskurses in der SPD durch den Zusammenschluss der PDS mit den Linken.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich beschreibe nur den Sachverhalt, den bestreiten Sie doch nicht!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt Kollegen in Ihrer Fraktion, die auch Gewerkschafter sind!)

Ich habe auch dagegen keine Einwände.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie reden so!)

Ich habe nur Einwände, wenn es nur noch Gewerkschafter sind. Da ist es so, dass die Auseinandersetzung mit der Linken dazu führt, dass sie in diesen Wettbewerb damit eintreten, und zwar um die Gewerkschaftsstimmen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Kennen Sie die Tagesordnung heute?)

Deshalb ist es erkennbar, dass die Verantwortung immer weiter nach links abrutschen wird.

(B) (Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Ist das schlicht, Herr Perschau!)

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen hat der Bürgermeister ja auch die Auseinandersetzung mit der Wirtschaft gesucht. Er hat mit swb, mit EWE, Essent und jetzt auch mit Kellogg's geredet. Wenn man ihn da so hörte, hatte man eigentlich den Eindruck, er ist da mehr als eine Art Vorsitzender des DGB aufgetreten, aber nicht als der Bürgermeister einer bedeutenden Wirtschaftsmetropole, wie Bremen und Bremerhaven das sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist unverschämt!)

Nun habe ich ja gehört und heute in der Zeitung gelesen, dass das Rathaus jetzt auch „entscherft“ wird. Diese personelle Veränderung vollzieht sich ja sehr konsequent. Wir haben es da auch mit einer anderen SPD zu tun als noch vor anderthalb Jahren und natürlich in der Koalition mit den Grünen auch mit einem vollkommen anderen Kurs.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank!)

Die SPD hat natürlich diesen Kurs auch sichtbar gemacht. Ich vermute, dass Herr Dr. Nußbaum die-

se Veränderungen genauso mitbekommen hat, wie wir sie mitbekommen haben. Es scheint mir relativ logisch zu sein, dass, nachdem Herr Beckmeyer diesen Brief geschrieben hat, er sich vielleicht ganz gern hat vergraulen lassen, weil absehbar war, dass die Situation für ihn möglicherweise nicht komfortabel ist. Nun ist dieser Brief, den Herr Beckmeyer geschrieben hat, nicht so sehr etwas Besonderes, sondern in früheren Zeiten war das ja auch üblich, dass bei Beförderungskandidaten in der Verwaltung man schon einmal die Beitrittserklärung zur SPD und zur Gewerkschaft mit auf den Schreibtisch gelegt hat.

(C)

(Widerspruch bei der SPD – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das scheint bei Ihrer Boygroup auch interessant gewesen zu sein!)

Nein, das ist so!

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Nußbaum war der entscheidende, unabhängige wirtschaftsnahe Politiker, und er ist ausgeschieden. Die Berufung von Staatssekretär a. D. Ralf Nagel hat sicherlich auch bei vielen – auch bei der Kammer – positive Erinnerungen mobilisiert, Erinnerungen an seine Zeit als maritimer Koordinator, in der er sich engagiert durchaus für Bremen und Bremerhaven eingesetzt hat. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, dass Herr Nagel als Staatssekretär in Sachsen-Anhalt die Zusammenarbeit mit der PDS intensiv studieren konnte und in der Abgrenzung von diesen keineswegs auffällig geworden ist.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Sie haben das doch auch einmal in Sachsen-Anhalt studiert! – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Was haben Sie denn in Sachsen-Anhalt gemacht?)

Hinzu kommt, dass er als Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium eine hohe Mitverantwortung bei dem Projekt Toll Collect hatte, was den verkehrspolitischen Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion Dr. Peter Danckert dazu brachte, die Entlassung der Staatssekretäre Ralf Nagel und Angelika Mertens zu fordern. Herr Nagel sagt zwar, dass er die Auseinandersetzung um das Mautsystem als sechzehnmonatige Folterkammer empfunden habe – was ich durchaus verstehen kann –, aber es ändert nichts an seiner eigenen Verantwortung und an dem Sachverhalt, dass der neue Minister Tiefensee Herrn Nagel nicht als Staatssekretär übernahm. Die Tatsache, dass ein Bundestagsabgeordneter der SPD, der verkehrspolitischer Sprecher war, Herr Danckert, einen öffentlichen Antrag stellt, diesen Staatssekretär zu entlassen,

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Dafür hat er auch an die Ohren bekommen, und zwar kräftig!)

(A) ist zu ungewöhnlich, als dass man es als eine alltägliche Maßnahme beiseiteschieben kann. So ganz einfach ist es nicht.

Herr Nagel übernimmt ein ganz schweres Amt. Es ist zu befürchten, dass, wenn er eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik betreibt, er mit dem Kurs von Böhrnsen und Sieling möglicherweise in Konflikt gerät. Die Alternative wäre, dass er sich dem Kurs von Böhrnsen und Sieling anpasst.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Alternative wäre, die CDU bleibt an der Regierung!)

Wenn er das tut, dann wird er in Konflikt mit der Wirtschaft geraten. Deshalb ist das Amt schwer, und er wird auch große Mühe haben, es sachgerecht wahrzunehmen.

Dies gilt im Übrigen auch für Willi Lemke. Willi Lemke musste aus dem Bildungsressort gehen, weil er einen neuen Kurs auch mit uns gemeinsam gemacht hat und man auch hier sichergehen wollte, dass jemand dieses Bildungsressort führt, der erwiesenermaßen Erfahrung in der Durchsetzung linker Bildungsreformen hat. Deshalb ist Willi Lemke in das in der SPD keineswegs beliebte Innenressort geschoben worden, weil man weiß, dass er als Senator in einer rot-grünen Koalition, der für die innere Sicherheit zuständig ist, es intern in der Koalition relativ schwer hat und sehr schnell auch in Schwierigkeiten geraten kann.

(B) Meine Damen und Herren, er hat dort die Möglichkeit, sich massiv um die Durchsetzung der Notwendigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit zu kümmern und dies auch durchzusetzen, dann wird er von Rot-Grün mit Sicherheit permanent scheel beobachtet und kontrolliert werden. Wenn er das nicht tut und sich anpasst an den allgemeinen Meinungstrend in Rot-Grün, dann wird er möglicherweise von der Polizei und von den Mitarbeitern nicht mehr wirklich ernst genommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe deshalb, dass die beiden Senatoren, wenn sie denn gewählt sind, Herr Nagel wie Herr Lemke, standhaft bleiben und im Sinne ihrer Aufgabenstruktur auch ihre Politik organisieren!

Meine Damen und Herren, zu Frau Jürgens-Pieper hat mein Kollege McAllister sich gerade im „Weser-Kurier“ geäußert.

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Ich zitiere: „Einen Seitenhieb erlaubt sich McAllister auf die neue Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper. Sie sei ja bereits mit ihrer Schulpolitik in Nie-

dersachsen gescheitert. Sollten die rot-grünen Schulreformen tatsächlich eingeführt werden, werden viele Bremer Eltern das Niedersachsen-Schulangebot im Umland als die bessere Alternative in Anspruch nehmen wollen.“ Ich habe dem nichts Besonderes hinzuzufügen.

(C)

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das haben wir gemerkt! – Glocke)

**Präsident Weber:** Ihre Redezeit, Herr Kollege Perschau!

Abg. **Perschau** (CDU): Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und zu Frau Rosenkötter. Frau Rosenkötter bleibt, Frau Weihrauch geht. Herr Hilker geht, Herr Stremmel kommt

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Ist schon da!)

oder bleibt. In der Krankenhauspolitik werden vermutlich auch in Zukunft die Betriebsräte entscheiden, was passiert.

(Beifall bei der Linken – Zuruf von der SPD: Auch nicht schlecht!)

Wenn man ein so großes Ressort hat, weiß man, welche Schwierigkeiten dahinterstecken. Wir hatten zwei Untersuchungsausschüsse, und ich glaube, dass Frau Rosenkötter in große Probleme kommen wird und Gefahr läuft, der Sündenbock der Koalition zu werden.

(D)

Ich möchte zu den Grünen nicht viel sagen, meine Damen und Herren, weil wir Frau Linnert kennen. Ich bin gespannt wie ein Flitzebogen, Frau Linnert, wie der nächste Haushalt aussieht und wie Sie es hinbekommen, die Mehrausgaben, die Sie alle schon in Ihrem Koalitionsvertrag avisiert haben, durch Umschichtung zu finanzieren. Wie gesagt, ich bin gespannt wie ein Flitzebogen. Ich hoffe und wünsche, um das auch zu Herrn Dr. Sieling zu sagen, dass wir unsere Zusagen, die wir beim Verfassungsgericht gemacht haben, klar und unmissverständlich einhalten, dass wir die Chancen unseres Landes nicht aufs Spiel setzen.

(Glocke)

Wenn Sie mir einen letzten Satz gestatten,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Eigentlich nicht!)

früher war es immer so, dass es hieß, erst das Land und dann die Partei.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das sollten Sie sich auch merken!)

(A) Ich habe den Eindruck, inzwischen ist es bei Ihnen umgekehrt.

(Starker Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Parlament hat wahrlich eine bessere Opposition verdient, und ich hoffe, es wird sie auch bekommen im Laufe dieser Saison!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf von der FDP: Sie haben doch noch nicht alle gehört!)

Ich gelte mit Sicherheit nicht als ein Freund des noch amtierenden Innensenators Bürgermeister Röwekamp, aber wenn die Debatten vielleicht durch seine Beiträge hier etwas an Niveau gewinnen, dann ist mir sogar die Wahl von Herrn Röwekamp als Fraktionsvorsitzender recht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Herr Perschau, Sie sprechen von gemäßigten Kräften in der SPD, und Sie sprechen über die Gewerkschaften, als ob es sich hier um Feinde des Staates handelt. Sie haben ganz offensichtlich vor, den Kurs, und das ist ja das, was Sie mit Ihrer Fundamentalopposition schon angedeutet haben im Vorfeld, den Kurs von Sozialpartnerschaft und von sozialer Marktwirtschaft, den Sie einst einmal selbst miterfunden und selbst mitgetragen haben, zu verlassen. Das wird weder Bremen noch Ihnen gut bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie das vorhaben, auf diesem Kurs weiterzumachen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nur im Zusammenwirken von Wirtschaft und Arbeitnehmervertretern und nur in dieser Konstruktion hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Geschichte so bewältigen können, wie es in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Wenn Sie sich davon verabschieden wollen, dann sagen Sie es hier, wie so Sie ausgerechnet diese Gelegenheit hier an dieser Stelle nutzen, um derartige Dinge in den Raum zu stellen. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

Vielleicht hat es auch noch etwas mit Ihren internen Überlegungen für nächsten Montag zu tun. Das

\*) Vom Redner nicht überprüft.

ist aber das, was die Öffentlichkeit und die Bremerhavener und Bremerhavenerinnen nicht interessiert, welche Probleme Sie intern haben, sondern diese interessiert, ob Sie als Opposition etwas dazu beitragen wollen, dass wir gemeinsam dieses Schiff Bremen und Bremerhaven wieder nach vorn bringen. Dazu haben Sie heute überhaupt keinen Beitrag geleistet, Herr Perschau, das ist sehr schade!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich wollte aber eigentlich, da ich damit nicht gerechnet hatte, ganz anders beginnen. Ich wollte auch im Namen der Grünen sehr herzlich die neuen Abgeordneten begrüßen und die neuen Fraktionen hier im Parlament! Es ist ja so gewesen, dass wir im Dreifraktionen-Parlament als Grüne als einzige Opposition eine sehr herausgehobene Stellung hatten. Dennoch bin ich sehr froh, dass wir wieder eine Art Normalität bekommen mit diesen fünf Fraktionen, dass Sie gewählt wurden, dass Sie eingezogen sind in das Parlament. Ich heiße Sie herzlich willkommen und lade Sie ein mitzuarbeiten, vielleicht nicht so mitzuarbeiten, wie jetzt gerade in die Debatte eingestiegen worden ist, sondern dass wir von den Gemeinsamkeiten her, die wir als Demokraten haben, uns dann in der Sache darum streiten, was der beste Weg ist für Bremen und Bremerhaven. Dazu lade ich Sie recht herzlich ein, herzlich willkommen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Von den großen Themen, die sich diese Koalition vorgenommen hat, Stärkung der Wirtschaftskraft und vor allen Dingen der Arbeitsplätze, Kampf gegen den Klimawandel und Überwindung der sozialen Spaltung in unseren Städten, ist, glaube ich, die Frage der sozialen Spaltung ein sehr wichtiges. Hier will ich nicht in eine Richtung gehen, dies nur einer politischen Kraft vorzuwerfen oder zu sagen, hier hat zum Beispiel die CDU in den letzten zwölf Jahren in der Großen Koalition einen wesentlichen Anteil, weil ich glaube, es wäre einfach nicht aufrichtig, und es wäre nicht glaubwürdig, das so zu sagen.

Natürlich hat auch nach Meinung der Grünen, die wir in der Opposition waren, die Große Koalition zu dieser sozialen Kluft, zu dieser Verbreiterung beigetragen. Wenn wir ehrlich sind, ist auch in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung, auch in Zeiten der roten Regierung in Berlin, auch in Zeiten der FDP unter Kanzler Kohl diese Spaltung vorangetrieben worden von ganz unterschiedlichen Kräften. Was wir jetzt machen müssen im Umkehrschluss, weil wir alle unseren Teil dazu beigetragen haben, dass es in Stadtteilen wie Gröpelingen so weit kommen konnte, dass Familien wie die von Kevin so vor den Hund gekommen sind und so wenig Unterstützung hatten, ist, dass

(C)

(D)

(A) wir alle gemeinsam einsehen, dass wir hier Fehler gemacht haben und auch gemeinsam diese soziale Spaltung überwinden. Dieser Koalitionsvertrag von Rot und Grün hat an dieser Stelle ganz entscheidende Zeichen gesetzt. Ich bin sehr froh darüber, dass das gelungen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Grünen werden heute Karoline Linnert als Senatorin und Dr. Reinhard Loske als Senator vorschlagen. Ich finde, das ist eine hervorragende Wahl. Selbst wenn man sich den Vergleich mit einigen früheren Senatoren der CDU erspart, selbst wenn man dies nicht tut – denn man braucht es nicht zu tun –, ist es eine hervorragende Wahl.

Karoline Linnert ist über viele Jahre hinweg hier in diesem Parlament Oppositionsführerin gewesen. Sie hat, glaube ich, aus dieser kleinen, einzigen Opposition heraus hervorragende Politik gemacht. Sie war Vorsitzende des Haushaltsausschusses und als solche auch über die Fraktionsgrenzen hinaus anerkannt. Sie war Vorsitzende eines sehr schwierigen Untersuchungsausschusses, und auch dort hat sie fraktionsübergreifend hohe Anerkennung bekommen. Wir sind fest davon überzeugt, dass sie diese hervorragenden Eigenschaften und diese Erfahrungen, die sie mitbringt, im sehr schwierigen Finanzressort umsetzen können. Wir freuen uns darauf, dass Karoline Linnert im Finanzressort in Zukunft das Sagen haben wird, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Reinhard Loske ist nicht nur einer der anerkanntesten Umweltexperten im Deutschen Bundestag, er ist dies auch bundesweit. Er hat mit seiner Erfahrung aus Wissenschaft und Forschung im Wuppertal-Institut und seiner Zeit im Deutschen Bundestag nicht nur national, sondern international die Reputation als einer der hervorragendsten Klimaforscher, als einer der Politiker, die das Menschheitsthema in diesem Jahrhundert, nämlich den Klimawandel aufzuhalten, an vorderste Stelle vorangetrieben hat. Jemanden wie ihn in Bremen als Umweltsenator zu bekommen, ist eine ganz tolle Sache. Wir freuen uns sehr, dass er sich bereit erklärt hat.

Wir empfehlen allen, nicht nur diesen beiden Fraktionen, ihn heute zu wählen, denn welchen Umweltsenator wollen wir in Bremen noch haben, wenn nicht so einen, der bundesweit eine solche Anerkennung hat! Ich glaube, es ist ein sehr guter Wahlvorschlag, den wir hier heute vorlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die SPD hat, Carsten Sieling hat es heute hier gesagt, den Präsidenten des Senats und ihre Senatoren nominiert. Wir hatten bereits die Gelegenheit, die beiden Neuen in diesem Team kennenzulernen, und haben eine sehr ausführliche und fruchtbare Diskussion mit Herrn Nagel und Frau Jürgens-Pieper gehabt. Wir freuen uns darauf, dass sie kommen. Wir glauben nicht, dass es per se besser ist, wenn wir in Bremen sozusagen immer in unserem eigenen Saft schmoren, sondern wenn wir auch von außen ausgewiesene Experten bekommen. Dieser etwas hilflose Versuch in der Rede von Herrn Perschau, nun beide hier zu diskreditieren, kann man nur zurückweisen. Er kann offensichtlich nicht gewusst haben, wovon er bei Herrn Nagel und Frau Jürgens-Pieper spricht, sonst hätte er sie hier sicherlich so nicht vorgestellt.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein letztes Wort noch einmal – zum Anfang zurückkommend – zum Oppositionskurs, der uns hier offensichtlich ins Haus steht, zumindest von der größten Oppositionsfraktion. Bei den anderen beiden bin ich sehr gespannt, wie sie ihre Rolle wahrnehmen werden. Carsten Sieling hat es schon angesprochen, bevor überhaupt die Koalitionsverhandlungen begonnen haben, hat Thomas Röwekamp davon gesprochen, dies sei die schlechteste Regierung gewesen, die wir je hatten. Er hat da ganz offensichtlich nicht nur grammatikalische und zeitliche Einordnungsprobleme gehabt, sondern ich glaube, und das haben die Grünen in 25 Jahren auch mit bitteren Erfahrungen lernen müssen, wenn Sie sich entscheiden für eine Art Fundamentalopposition, alles, was da kommt, ist Mist, das war schon immer Mist, und wir machen uns keine großen Gedanken, wir machen uns keine Mühe, wir strengen uns nicht an, alles ist sozusagen schon immer schlecht gewesen –

(D)

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Warten Sie es doch einmal ab!)

na ja, Herr Röwekamp hat es ja in vielfältigen Äußerungen schon getan! –, dann werden Sie sich hier in diesem Haus, aber nicht nur in diesem Haus, sondern auch in der bremischen Öffentlichkeit, ganz weit ins Abseits stellen,

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Das müsste Sie doch freuen!)

und aus diesem Abseits werden Sie große Probleme haben, wieder in die Mitte dieser Gesellschaft zurückzukommen. Lassen Sie von diesem Kurs ab!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Lachen bei der CDU)

(A) Ich sage das nicht deswegen, weil es dieser Regierung schaden würde. Es würde dieser Regierung im Parteienwettbewerb extrem nützen, wenn Sie es so machten. Ich sage es deswegen, weil es unverantwortlich ist und weil diese Demokratie auch eine Christlich-Demokratische Union braucht, die konstruktive Politik macht. Da brauchen wir Sie auch als Opposition. Kehren Sie dahin zurück, diese konstruktive Politik auch durchzuführen! Leider war das heute nicht der Weg, aber Sie haben ja noch viele Gelegenheiten, in den nächsten vier Jahren zu beweisen, dass Sie es können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir alle wissen, heute steht die Wahl des Senats, der Senatorinnen und Senatoren, auf der Tagesordnung. Für Die Linke geht es, um das noch einmal ausdrücklich zu sagen, nicht darum, eine personelle Auseinandersetzung um diese Besetzung zu führen, wie uns hier, wie ich meine, in schlechtem Stil von der CDU vorgeführt wurde.

(Beifall bei der Linken, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Für Die Linke wird heute das Personal gewählt, das nach Ansicht der SPD und der Grünen am besten geeignet ist, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Das bedeutet also, es geht auch um die Inhalte des Koalitionsvertrags.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zu den Inhalten dieses Vertrags einmal ganz tierisch kommen, nämlich zu den Kröten! Sie werden sich vielleicht an den Wahlkampf erinnern: Die Grünen haben uns damals versprochen, dass sie unsere Kröten schützen würden. Dieses Plakat, viele werden sich bestimmt noch daran erinnern, hatte diese wunderbare Doppeldeutigkeit, dass die Kröte aus einem Geldschein gefaltet war. Es wurde damit also der alte Symbolismus der Grünen der sozialen Marktwirtschaft aufgerufen. Wenn wir heute nach den Koalitionsverhandlungen ansehen, was dabei herausgekommen ist, stellen wir fest, dass die Grünen wohl weder die realen Kröten noch die anderen Kröten schützen, sondern sie schützen eigentlich nur noch die Kröten von Reederkonsortien und anderen Hafenerbetrieben.

(Beifall bei der Linken)

Das war ein Punkt, den man bei der Diskussion um die Weservertiefung gut beobachten konnte.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Auch bei dem Kohlekraftwerk, meine Damen und Herren, geht es nicht etwa um den Klimaschutz, wie es sich eigentlich für eine gute ökologische Partei geziemen würde. Nein, es wird ergebnisoffen modelliert, was dann nichts anderes heißt, als dieses Mal die wirklichen Kröten scheinbarweise zu schlucken. Nein, meine Damen und Herren, von Krötenschützern zu Krötenschluckern, das ist schon ganz beachtlich! Ich denke, wir haben auch von den Grünen etwas anderes erwartet, und ich würde Sie gern dazu einladen und auffordern, dass sich das in den nächsten vier Jahren noch ein bisschen ändern wird.

(C)

Die Linke erklärt deshalb mit einem ihrer Bundesvorsitzenden, Oskar Lafontaine, ich zitiere hier aus seiner Rede vom Bundesparteitag der Linken und Gründungsparteitag, in der er erklärte: „Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht wirklich lösen, deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt.“

Die Linke in Bremen und Bremerhaven wird mittel- und langfristig die Systemfrage immer wieder auf die Agenda bringen, aber – auch das hier ganz deutlich – Die Linke in Bremen und Bremerhaven wird allerdings auch alles unterstützen, das die Situation der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven in ihrer tatsächlichen täglichen Lebenssituation verbessert.

(Beifall bei der Linken und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Meine Damen und Herren, auf diesem Gebiet scheint sich ja Unglaubliches zu tun. Ich erinnere noch einmal an den Wahlkampf. Es war dieses Mal ein eigener. Wir haben damals diesen schönen roten Flyer herausgebracht, und auf der Rückseite war unser 11-Punkte-Kurzwahlprogramm. Ich habe mir jetzt einmal die Mühe gemacht, auf die eine Seite unser Kurzwahlprogramm zu legen und auf die andere Seite den Koalitionsvertrag. Da stellt man dann fest,

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Da können Sie eigentlich beitreten!)

Die Linke fordert in ihrem Kurzwahlprogramm, dass Ein-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtig umgewandelt oder Tarifniveau werden; das steht im Koalitionsvertrag auf Seite 45. Die Linke fordert öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme; steht im Koalitionsvertrag auf Seite 52. Die Linke fordert, das Vergabegesetz zu ändern, zu erweitern mit sozialen Kriterien zum Schutz vor Dumpinglöhnen; das steht im Koalitionsvertrag auf Seite 47.

(Abg. **D r. S i e l i n g** [SPD]: Hat sogar die Große Koalition so beschlossen! Da waren Sie ein bisschen spät!)

- (A) Das mag sein! Die Linke fordert, ein Sozialticket einzuführen; das steht auf Seite 49. Einführung einer Migrantinnenquote im öffentlichen Dienst, das steht, wenn auch ein bisschen schwammig, im Koalitionsvertrag auf Seite 52.
- (Unruhe)
- Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Beiräte, das Wahlgesetz ändern, das steht auf den Seiten 94 und 95. Keine Studiengebühren, das steht im Koalitionsvertrag auf Seite 81.
- (Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Hat die Große Koalition schon beschlossen!)
- Eine Schule für alle, das steht auf Seite 71. Die zweite Kita-Kraft muss kommen, das steht auf Seite 55 im Koalitionsvertrag. Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn, als letztes, aber noch nicht wirklich letztes Beispiel, das steht im Koalitionsvertrag auf Seite 42.
- (Zuruf: Wer ist denn nun überflüssig?)
- Nun, meine Damen und Herren, da muss man sich natürlich fragen: Warum nehmen Sie uns eigentlich nicht gleich mit in die Regierung, wenn Sie sowieso alles von uns abschreiben?
- (B) (Beifall bei der Linken – Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Bei näherem Hinsehen allerdings
- (Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war nicht durch die Hintertür, sondern durch die Vordertür!)
- sieht man den Pferdefuß sofort, denn all diese sozialen Versprechen, die für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven eigentlich unverzichtbar, weil sozial notwendig sind, stehen größtenteils unter dem Finanzierungsvorbehalt,
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das wäre bei Ihnen anders!)
- das heißt also, erst bei der Haushaltsaufstellung wird sich herausstellen oder entscheiden, was davon überhaupt umgesetzt werden soll. Pointierter würde ich Wert darauf legen, was denn tatsächlich politischer Wille und was nur einfaches Blendwerk ist. Die Linke lehnt aus diesen Gründen den Koalitionsvertrag ab.
- (Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Wenn sie denn gefragt würde! – Unruhe – Glocke)
- Ich möchte schließen mit dem ersten Akt der ersten Szene aus Goethes Faust, in dem es heißt: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“
- (Beifall bei der Linken – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber jetzt bildungsbürgerlich!)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.
- Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja heute Vormittag schon festgestellt, das Parlament ist lebendiger geworden. Ich bedanke mich auch recht herzlich bei Herrn Dr. Güldner, dass Sie uns so nett willkommen geheißen haben. Wir wollen keine Fundamentalopposition bilden, sondern wir wollen im Interesse Bremens eine konstruktive Opposition machen.
- (Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Und Bremerhavens!)
- Bremerhaven schließe ich jetzt natürlich anschließend an, weil ich da noch einmal einen Sonderapplaus haben möchte!
- (Beifall bei der FDP und bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD)
- (D) Ich muss dazu sagen, ich bin eingefleischter, geborener Bremer, und ich stehe zu Bremen, und ich habe immer gesagt – das ist keine Floskel –, ein Land, zwei Städte, Bremen und Bremerhaven, da braucht mich keiner zu belehren, das habe ich immer im Kopf. Unsere Fraktion hat das auch immer im Kopf, und deshalb denke ich, dass wir da gut voranschreiten werden.
- Ich war etwas erstaunt, dass wir jetzt den Systemwechsel planen sollen. Mich hat die Rede meines Vorredners eben etwas irritiert. Dass er den Koalitionsvertrag ablehnt, mag auch seine Sache sein. Ich muss sagen, wir hatten als neue Oppositionskraft – und ich als Neuling – in diesem Hohen Hause auch so ein bisschen Schwierigkeiten, dass wir heute so eine etwas versetzte Debatte führen. Die Leute, die wir heute wählen sollen, kennen wir teilweise gar nicht. Ich bin ja nicht ständiger Gast auf Parteitag der SPD
- (Beifall bei der FDP – Zuruf: Spannend!)
- und auch nicht bei Landesversammlungen der Grünen.
- (Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Das ist gut so!)

(A) Ich würde mir schon wünschen, dass man vielleicht darüber nachdenkt, ob man nicht in Zukunft hier so eine Art Personaldebatte führt, in der sich die Leute einmal vorstellen, die hier gewählt werden sollen. Ich hätte es auch ganz gern gehabt, einmal zu hören, warum Willi Lemke denn nun meint, dass er vom Bildungsressort in das Innenressort wechselt und was er da jetzt anders machen möchte.

(Abg. B e n s c h [CDU]: Polizisten zu Lehrern machen, oder umgekehrt?)

Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir diese Debatte einmal führen können.

So ähnlich geht es mir auch mit dem Koalitionsvertrag.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/ Die Grünen]: Ach so!)

Ich habe da irgendetwas im Internet gelesen. Ich weiß jetzt aber nicht ganz genau, ob das die letzte Fassung ist, ob das die endgültige Fassung ist und ob sie auch so unterschrieben worden ist. Da würde ich mir also auch schon wünschen, wenn wir vor diesem Hintergrund debattieren, dass man so etwas in irgendeiner Form offiziell bekommt, sodass man sich damit auseinandersetzen kann.

(B) (Zuruf von der SPD)

Ja, ich habe das ja auch irgendwie als Fotokopie da, das ist ja auch nicht das Problem, aber ich finde schon, dass man über diese Form noch einmal nachdenken kann. Ich habe mich auf diese Sitzung vorbereitet und habe sehr intensiv einmal in den Archiven gestöbert.

Es ist immer so eine Debatte in dieser Situation zwischen gestern und morgen. Der alte Senat ist noch im Amt, er ist zwar nicht mehr da, ist irgendwo hier. Der neue Senat soll gewählt werden, aber die Personen, die gewählt werden sollen, kennt man mitunter nicht. Früher war das nicht ganz so schwierig, da hatten wir ja diesen wunderbaren Inzuchtparagrafen, dass man erst in Bremen gewählt werden durfte, wenn man zwei Jahre in Bremen wohnhaft war. Das haben wir ja Gott sei Dank abgeschafft. Wir begrüßen das auch sehr, dass Personen von außen nach Bremen kommen, um hier Politik mitzumachen, das kann eine weltoffene Stadt wie Bremen nur beleben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb würde ich mir schon wünschen, dass wir vielleicht für die Zukunft darüber nachdenken, dass sich die Leute vorstellen, wenn wir Senatswahlen durchführen.

Zum Grundsätzlichen: Wir stehen am Beginn einer schwierigen Legislaturperiode, und trotz zwölf Jahren Großer Koalition und Sanierungszahlungen in Milliardenhöhe ist es irgendwie ja nicht gelungen, die bremischen Staatsfinanzen auf ein nun wirklich solides Fundament zu stellen. Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist nicht erreicht worden, und der sogenannte Kanzlerbrief hat sich ja auch irgendwie in Wohlgefallen aufgelöst. Wir haben das immer kritisiert und immer darauf hingewiesen, dass man nicht zu viel auf den Kanzlerbrief setzen sollte, doch die Realitäten sind nicht immer so gesehen worden.

Es ist für uns gut, und das sage ich ganz deutlich, dass die Große Koalition ein Ende gefunden hat,

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

denn ihr Fundament war zuletzt brüchig, und die Geschäftsgrundlage war angesichts der nach wie vor desolaten Haushaltssituation entfallen. Wenn eine Große Koalition ein Ausnahmefall sein soll, dann sind zwölf Jahre Große Koalition auch wirklich genug.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe das schon gesagt, die FDP steht ohne Wenn und Aber zur bremischen Selbständigkeit. Da sind wir ja im Wahlkampf teilweise kritisiert worden. Wir haben aber immer nur auf die Probleme der Großen Koalition hingewiesen und uns eigentlich nie über das Land ausgelassen. Wir sind deshalb höchst gespannt, welche Lösungsansätze die neue Koalition wählen wird, die Staatsfinanzen zu sanieren. Herr Perschau hat das ja mit Blick auf Frau Linnert auch schon gesagt. Wir freuen uns da auch auf die Vorlage des Haushalts.

Den neuerlichen Gang vor das Bundesverfassungsgericht halten wir für falsch, aber diese Entscheidung lässt sich nicht mehr rückgängig machen, und im Interesse Bremens hoffen wir deshalb in dieser Sache nun auf ein gutes Gelingen.

Wir unterstützen alle Anstrengungen für eine Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzsystems im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform. Dazu gehört unter anderem auch eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskraft bei der Steuer- verteilung.

Obwohl ich ja den Koalitionsvertrag nicht so wirklich offiziell habe, habe ich ihn natürlich gelesen, und da gibt es etliche Punkte, die wir auch sehr begrüßen –

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Bekommen Sie per Einschreiben jetzt zugestellt!)

bitte mit Rückschein! –, beispielsweise die bessere Betreuung von Kleinkindern, die stärkere Bürgerbe-

(C)

(D)

- (A) teiligung, die Aufstockung der Mittel für die Hochschulen und auch Detailfragen wie die gestern besprochene Abschaffung der Wirtschaftsförderungsausschüsse. Zu oft sind die Ansätze im Koalitionsvertrag aber halbherzig oder die Mittel ungeeignet. Zu einigen Punkten lässt sich schlicht nichts sagen, da die Formulierungen derart schwammig sind, dass sich in sie fast alles hineininterpretieren lässt.

(Beifall bei der FDP)

In der Präambel des Koalitionsvertrags heißt es unter anderem: „Es gilt, die wirtschaftlichen Chancen des Standorts zu nutzen, um mehr existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen.“ Angesichts der Debatte um das vom Energieversorgungsunternehmen swb geplante Kohlekraftwerk in Mittelsbüren sind daran allerdings erhebliche Zweifel angebracht. Da geht es immerhin um 500 Arbeitsplätze, und ich kann mich daran erinnern, dass wir in Bremen einmal sehr stolz darauf waren, dass wir Stadtwerke besitzen, die über eine eigene Energieerzeugung verfügen, und deshalb appelliere ich dringend daran, dieses Kraftwerk wirklich ernsthaft zu prüfen und dann auch zu bauen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Bei der dringend reformbedürftigen Wirtschaftsförderung bleibt der Koalitionsvertrag jede Antwort schuldig.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch einmal nachlesen vielleicht!)

Machen wir!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Koalitionsvereinbarung sieht vor, dass in den kommenden vier Jahren 312 Polizisten in Bremen und Bremerhaven neu eingestellt werden sollen. Damit werden die ausscheidenden Polizeibeamten ersetzt, die Personalmisere der Polizei wird aber nicht behoben. Wir haben das im Wahlkampf immer wieder kritisiert, und ich denke, da muss man noch einmal sehr genau hinschauen, wie man das mit der Personalsteuerung bei der Polizei besser erreicht. Sonst lässt sich nämlich die prekäre Sicherheitslage in unseren beiden Städten nicht lösen.

(Beifall bei der FDP)

Überhaupt gänzlich unklar bleibt die Frage der Finanzierung der Versprechen im Koalitionsvertrag. Einzelne Punkte wie eine Kürzung bei der Rennbahn sind sinnvoll und unverzichtbar,

(Beifall bei der FDP)

aber bei Weitem nicht ausreichend. Die FDP-Fraktion wird die ersten hundert Tage der Arbeit des neuen Senats kritisch beobachten, aber die gebotene Fairness nicht vergessen. Im Interesse von Bremen und Bremerhaven wünsche ich allen Regierungsmitgliedern viel Erfolg bei ihrer Arbeit, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass in der langen Geschichte der Bremer Landesregierung ein Bremer Senat noch nie, aber auch noch nie so unfähig in die neue Amtszeit gestartet ist oder starten wird wie dieser neu zu wählende Senat. Dieser Senat hat schon Auflösungserscheinungen, bevor überhaupt gewählt worden ist. Ich glaube kaum, dass der mutige Rücktritt von Herrn Dr. Nußbaum der letzte Rücktritt eines Senators oder einer Senatorin dieses neu zu wählenden Senats gewesen sein wird.

Meine Damen und Herren, Herr Lemke als neuer Innensenator, klasse, kann ich da nur sagen, wunderbar!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Er wird Sie auch weiter beobachten!)

Bei dem ideologischen achtundsechziger, grünen Regierungspartner kann man sich ja jetzt schon vorstellen, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte noch sehr viel weniger politischen Rückhalt und Rückendeckung bekommen werden, als sie in einer unverantwortlichen katastrophalen Art und Weise schon von der letzten Regierung erhalten haben. Ich bin jetzt schon einmal sehr darauf gespannt, wie lange der neue Innensenator Lemke diesen Drahtseilakt zwischen den Fronten aushalten wird.

Die Krönung des Ganzen ist eine grüne Finanzsenatorin. Ausgerechnet die Grünen besetzen das Finanzressort! Da muss es jeden Bürger in Bremen und Bremerhaven ja Angst und Bange werden. Wenn so Ihre neue zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik aussieht, dann wird in naher Zukunft nicht nur Bremerhaven das Armenhaus der Nation sein, sondern das ganze Bundesland Bremen wird das Armenhaus der Nation sein!

Dieser rot-grüne Senat hat unsägliche unehrliche Zusagen gemacht. Sie wollen Millionen im Kindergarten- und Sozialbereich ausgeben. Das ist ja an sich sehr lobenswert, und das unterstütze ich auch, aber woher Sie diese Millionen nehmen oder umschichten wollen, das wird wohl für immer und ewig Ihr Ge-

(C)

(D)

(A) heimnis bleiben. Diese rot-grüne Landesregierung ist eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Bremen, für die innere Sicherheit und für die Selbstständigkeit des Bundeslandes Bremen. Sie ist eine noch größere Gefahr für die Seestadt Bremerhaven und ihre Bevölkerung.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben aus reiner Machtgier für zwei Senatorenpöstchen Ihre grünen Ideale rücksichtslos verkauft und verraten. Sie haben Ihre Wählerinnen und Wähler getäuscht und durchaus belogen. Ich erinnere Sie hier nur einmal an einige Versprechungen, natürlich vor der Wahl 2007, das muss dazu gesagt werden. Kein Ausbau der Schwachhauser Heerstraße oder tausche zwei Senatorenposten zur Genehmigung der Außen- und Unterweservertiefung! Natürlich kann man ja auch für zwei Senatorenpöstchen für den Bau eines Kohlekraftwerks bereit sein. Ich bin jetzt schon einmal darauf gespannt, wie Sie Ihr politisches Motto „was schert mich mein Geschwätz von gestern“ Ihren Wählerinnen und Wählern verkaufen wollen.

(B) Meine Damen und Herren, Sie haben die sehr niedrige Wahlbeteiligung und Ihre großen Stimmverluste unseren Bürgerinnen und Bürger auch noch, wie fast immer, als großartigen Wahlerfolg verkauft. Tatsache ist doch, diese rot-grüne Landesregierung ist doch jetzt schon bankrott. Sie gefährden mit Ihrer unsozialen, unrealistischen Politik und Ihren leeren Versprechungen die Existenz und die Selbstständigkeit von Bremen und Bremerhaven. Ihr Koalitionsvertrag ist nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben steht.

Sie mussten ja sogar Senatoren hektisch von auswärts beordern, weil es in der SPD und bei den Grünen im Land Bremen anscheinend kein qualifiziertes Personal gibt. Das, meine Damen und Herren, ist jetzt schon eine einzigartige Bankrotterklärung dieses neuen Senats, dieser neuen Regierung.

Zukunftsorientiert kann man jetzt schon sagen, dass diese rot-grüne Landesregierung verheerende wirtschaftspolitische, sozialpolitische und finanzpolitische Folgen vorrangig für die Stadt Bremerhaven und seine Bevölkerung haben wird, die ich als verantwortlicher Bremerhavener Abgeordneter der Deutschen Volkunion natürlich nicht mittragen kann.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Für was sind Sie verantwortlich?)

Herr Dr. Sieling, wenn Sie hier von neuen Akzenten sprechen, dann sage ich Ihnen: Diese neuen großartigen Akzente hätten Sie als Regierungspartei in der Vergangenheit schon längst umsetzen können, ja schon längst umsetzen müssen! Nun ist das Land Bremen mit circa 14 Milliarden Euro, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, finanziell völlig ruiniert, Bremen ist am Ende. Da ist es für

(C) eine Erneuerung schon viel zu spät, nur die rot-grüne Regierung wird alles noch viel schlimmer machen. Sie wird es verschlimmbessern, und das nennen Sie dann am Ende zukunftsorientierte Politik.

Ich nenne es das Ende des Bundeslandes Bremen und seiner beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Mit den Möchtegern-, sektschlürfenden Wohlstandskommunisten und selbst ernannten Marxisten der ehemaligen SED, der PDS-Mauermörderpartei Die Linke, werde ich mich noch des Öfteren sehr intensiv auseinandersetzen. Das ist keine Drohung, das ist ein Versprechen, und ich bin gewohnt, meine Versprechen zu halten. Darauf freue ich mich schon. – Ich danke Ihnen!

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Im Prinzip, meine Damen und Herren, gilt auch hier das gleiche Verfahren wie bei den Wahlen gestern zum Vorstand der Bremischen Bürgerschaft. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir hier geheime Wahlen in Wahlkabinen vornehmen. Sie haben die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen. Die Ausgabe der Stimmzettel und die Ausgabe der Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf am Tisch rechts neben den Wahlkabinen.

(D) Wir kommen zur Wahl, und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die noch draußen sind, bitte wieder in den Plenarsaal hineinzubitten.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen.

Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Frau Sandra Ahrens und Frau Marlies Marken, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen. – Das ist geschehen, herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Wahlgang.

Ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen worden sind.

Alle Abgeordneten sind aufgerufen, und sie haben auch ihren Stimmzettel abgegeben.

Meine Damen und Herren, damit stelle ich fest, der Wahlgang ist beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

(A) Solange dies dauert, unterbreche ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 11.01 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.20 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir wollen zunächst den gesamten Senat wählen und nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für Herrn Böhrnsen nicht unterbrechen. Nach der Vereidigung des gesamten Senats besteht dann wie auch vor vier Jahren die Gelegenheit zur Gratulation.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Senats bekannt: ausgegebene Stimmzettel 84, abgegebene Stimmzettel 83, vernichtete Stimmzettel einer.

Auf Herrn Böhrnsen entfielen 47 Jastimmen, 33 Neinstimmen, 3 Enthaltungen, kein ungültiger Stimmzettel.

(B) (Starker Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Bürgermeister Jens Böhrnsen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat.

Ich frage Sie, sehr geehrter Herr Böhrnsen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Bürgermeister B ö h r n s e n : Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu den weiteren Wahlen, und zwar zur Wahl der übrigen Mitglieder des Senats.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind folgende Vorschläge für die Wahl in den Senat gemacht worden: von der SPD-Fraktion Renate Jürgens-Pieper, Wilfried Lemke, Ralf Nagel und Ingelore Rosenkötter, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Karoline Linnert und Dr. Reinhard Loske.

Meine Damen und Herren, die Wahlvorschläge liegen den Abgeordneten auch schriftlich vor.

(C) Damit ist die Beratung eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, das Wahlverfahren gilt wie bei der Wahl des Präsidenten des Senats. Sie haben so viele Stimmen, wie Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, also bis zu 6 Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist. Dann können wir die Wahl durchführen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen Frau Sandra Ahrens und Frau Marlies Marken, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen. Das ist geschehen.

Ich komme nun wieder zu dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, damit ist der Namensaufruf beendet.

Ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen sind. – Das ist der Fall.

Haben alle Abgeordneten einen Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, der Wahlgang ist geschlossen.

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

(D) Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Auszählungsergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.44 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.04 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe jetzt das Wahlergebnis bekannt, wie es von den Schriftführerinnen festgestellt wurde: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82, vernichtete Stimmzettel keine.

Auf Frau Renate Jürgens-Pieper, SPD, entfielen 43 Jastimmen, 35 Neinstimmen, 4 Enthaltungen, ungültig 0. Auf Herrn Wilfried Lemke, SPD, entfielen 56 Jastimmen, 25 Neinstimmen, eine Enthaltung, ungültig 0. Auf Frau Karoline Linnert, Bündnis 90/Die Grünen, entfielen 50 Jastimmen, 30 Neinstimmen, 2 Enthaltungen, ungültig 0. Auf Herrn Dr. Reinhard Loske, Bündnis 90/Die Grünen, entfielen 48 Jastimmen, 30 Neinstimmen, 4 Enthaltungen, ungültig 0. Auf

(A) Herrn Ralf Nagel, SPD, entfielen 47 Jastimmen, 34 Neinstimmen, eine Enthaltung, ungültig 0. Auf Frau Ingelore Rosenkötter, SPD, entfielen 42 Jastimmen,

(Unruhe)

37 Neinstimmen, 3 Enthaltungen, ungültig 0.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, damit sind alle, die kandidiert haben, gewählt.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/  
Die Grünen und bei der Linken)

Ich frage jetzt die in den Senat Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Ich frage in alphabetischer Reihenfolge.

Ich frage Sie, Frau Jürgens-Pieper: Nehmen Sie die Wahl an?

(Frau J ü r g e n s - P i e p e r : Ja, ich  
nehme die Wahl an!)

Ich frage Sie, Herr Lemke: Nehmen Sie die Wahl an?

(Senator L e m k e : Ja, ich nehme die  
Wahl an!)

(B) Ich frage Sie, Frau Karoline Linnert: Nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grü-  
nen]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl  
an!)

Ich frage Sie, Herr Dr. Reinhard Loske: Nehmen Sie die Wahl an?

(Herr D r . L o s k e : Ja, ich nehme die  
Wahl an!)

Ich frage Sie, Herr Ralf Nagel: Nehmen Sie die Wahl an?

(Herr N a g e l : Ja, ich nehme die Wahl  
an!)

Ich frage Sie, Frau Ingelore Rosenkötter: Nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin R o s e n k ö t t e r : Herr  
Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/  
Die Grünen und bei der Linken)

## Vereidigung des Senats

(C)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Vereidigung des Senats. Ich werde Ihnen die Eidesformel für alle vorsprechen und Sie einzeln aufrufen, den Eid zu leisten.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, in der Reihenfolge des Namensaufrufs zu mir auf das Präsidium zu kommen und den Eid zu leisten!

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Ich bitte, den Eid zu leisten, und zwar entweder mit der Formel „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“!

Ich rufe jetzt auf Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen!

(Bürgermeister B ö h r n s e n : Das schwöre  
ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Bürgermeister, ganz herzlichen Glückwunsch! Ich gratuliere Ihnen! Alles Gute für die 4 Jahre!

Ich rufe jetzt auf Frau Jürgens-Pieper!

(D)

(Senatorin J ü r g e n s - P i e p e r : Das  
schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe nun auf Herrn Wilfried Lemke!

(Senator L e m k e : Das schwöre ich, so  
wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe nun auf Frau Karoline Linnert!

(Senatorin L i n n e r t : Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe nun auf Herrn Dr. Reinhard Loske!

(Senator D r . L o s k e : Das schwöre  
ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe auf Herrn Ralf Nagel!

(Senator N a g e l : Das schwöre ich, so  
wahr mir Gott helfe!)

- (A) Herzlichen Glückwunsch!  
Ich rufe nun auf Frau Ingelore Rosenkötter!
- (Senatorin R o s e n k ö t t e r : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
- Herzlichen Glückwunsch!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verteidigung ist beendet. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen!  
Meine Damen und Herren, den von uns heute gewählten und soeben vereidigten Mitgliedern des Senats spreche ich die Glückwünsche der gesamten Bremischen Bürgerschaft aus. Ich wünsche dem Präsidenten des Senats und den Senatorinnen und Senatoren für die kommende Legislaturperiode eine erfolgreiche Tätigkeit für unsere Freie Hansestadt Bremen.
- (Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)
- (Unterbrechung der Sitzung 12.12 Uhr)
- ★
- (B) Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.26 Uhr.  
**Präsident Weber:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen**
- Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/  
Die Grünen  
vom 27. Juni 2007  
(Drucksache 17/7)  
2. Lesung
- Meine Damen und Herren, der Vorstand der Bürgerschaft hat sich gestern darauf geeinigt, die zweite Lesung dieses Gesetzes erneut aufzurufen.  
Wir kommen zur zweiten Lesung.  
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.  
Wir kommen zur Abstimmung.  
Auch in der zweiten Lesung lasse ich wieder getrennt abstimmen.  
Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 und 2 des Antrags abstimmen.  
Wer die Ziffern 1 und 2 des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der
- Drucksachen-Nummer 17/7 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmhaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffern 1 und 2 in zweiter Lesung.  
Jetzt lasse ich über die Ziffer 3 des Antrags abstimmen.  
Wer die Ziffer 3 des Antrags in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmhaltungen?
- (Die Linke)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffer 3 in zweiter Lesung.  
Nun lasse ich über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.  
Wer die Ziffer 4 des Antrags in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/  
Die Grünen und FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmhaltungen?
- (Die Linke und Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Ziffer 4 in zweiter Lesung.  
Damit ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen in zweiter Lesung beschlossen worden.  
Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.
- (Schluss der Sitzung 12.28 Uhr)
- (C)
- (D)

